

# BÜRGER. POLIZEI.

## Bremens Polizei 1945 bis heute

**I**m Jahr 2011 behandelte die Ausstellung »Polizei.Gewalt.« die Rolle der Bremer Polizei in den Jahren der Nazi-Diktatur. Die neue Ausstellung »Bürger.Polizei« zeigt die Entwicklung in den letzten 60 Jahren. Sie schildert das Bestreben der US-Militärregierung, nach 1945 eine demokratische Polizei zu schaffen und sie zu einer zivilen Institution im Dienst aller Bürger zu machen. Die Landesverfassung 1947 und das Grundgesetz 1949 sind Meilensteine beim Aufbruch auch der Polizei zur Demokratie. Die Ausstellung zeichnet diesen nicht immer geradlinigen Weg nach. Sie behandelt die fehlgeschlagene Denazifizierung des Personals, den Aufbau der Bereitschaftspolizei im Kalten Krieg, das Konzept von der Polizei als »Freund und Helfer«, aber auch den Befehl eines Polizeipräsidenten »Nachsetzen! Draufhauen!«, der als Musterbeispiel unzeitgemäßen polizeilichen Denkens und Handelns in Erinnerung geblieben ist. Die Ausstellung zeigt, wie sich die Polizei im gesellschaftlichen Aufbruch ab 1968 zu einer demokratischen Bürgerpolizei entwickelte. Die neue Ausrichtung und der seit 1980 wachsende Zwang zum Sparen zogen mehrere kleine und große Polizeireformen nach sich.



Amerikanische Militärpolizei mit Bremer Polizisten vor dem Gebäude der amerikanischen Militärregierung an der Contrescarpe, 1946.  
Foto: Georg Schmidt

In der Unteren Rathaushalle sind nun sowohl die neue Ausstellung »Bürger.Polizei. Bremens Polizei 1945 bis heute« als auch die vorherige Ausstellung »Polizei.Gewalt. Bremens Polizei im Nationalsozialismus« zu sehen, so dass deren Entwicklung im 20. Jahrhundert erstmals umfassend dargestellt wird.

Wir danken allen, die zum Gelingen dieser Ausstellung beigetragen haben, sei es mit tätiger Hilfe, Anregungen, Kritik und nicht zuletzt mit finanzieller Unterstützung. Unser besonderer Dank gilt denjenigen, die uns Dokumente und Exponate zur Verfügung gestellt, die unsere Ausstellung erst möglich gemacht haben.

Projektgruppe: Dr. Andree Brumshagen, Prof. Dr. Konrad Elmshäuser, Jens Feye, Dr. Heinz-Gerd Hofschens, Marieke Pfänder, Bernhard Springfield, Prof. Dr. Regina Weiß, Dr. Hans Wrobel

Kontakt: Olaf Bull  
Der Senator für Inneres und Sport  
Contrescarpe 22/24  
28203 Bremen  
Telefon 0421/361-9097  
olaf.bull@inneres.bremen.de

Ausstellungsdesign: Designbüro Möhlenkamp | Schuldt, Bremen  
Marlis Schuldt, Jörg Möhlenkamp

Digitalausdrucke: print's compudruck Bremen

**Zur Ausstellung ist ein Begleitband erschienen.**



Eine Ausstellung  
des Senators  
für Inneres und Sport

# 1945

## Die Sieger zerschlagen die Polizei des NS-Staates

**A**m 27. April 1945: Britische Streitkräfte besetzen Bremen. Polizisten werden gefangen genommen. 8. Mai 1945: Der Krieg ist aus. Die Sieger übernehmen die Regierungsgewalt in Deutschland. Sie zerschlagen die Polizei. Gestapo, SS und Sicherheitsdienst (SD) werden als verbrecherische Organisationen verboten.

Das Reichsgebiet westlich von Oder und Neiße und Berlin werden in Besatzungszonen eingeteilt. Bremen kommt am 20. Mai 1945 als »Enklave Bremen« in der britischen Zone unter amerikanische Kontrolle. Über die Häfen werden die US-Truppen in Süddeutschland und Berlin versorgt.

Wie die anderen Siegermächte wollen die Amerikaner eine neue deutsche Polizei aufbauen. Die »Safety Branch« der Militärregierung bezieht das Polizeihaus Am Wall. Auf bremischer Seite ist Bürgermeister Wilhelm Kaisen verantwortlich.



Bremer Polizist mit privater Schirmmütze, gefärbtem Wehrmantsmantel und weißer Armbinde »Military Government-Police«, 1945.  
Foto: Ernst Mähr



Amerikanische Militärpolizei neben Bremer Polizisten vor dem Hauptquartier der »Safety Branch«, um 1946.



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1945–1947

## Amerikanische Leitlinien für die neue Polizei: Die vier ›D‹

**D**erberstes Ziel ist die Demokratisierung. Die Polizei muss Sicherheit und Ordnung für alle auf der Grundlage der Gesetze schaffen. Sie darf nie mehr Instrument staatlicher Willkür oder Dienerin einer Partei sein.

Dezentralisierung ist die Absage an die zentralisierte Polizei des NS-Staates. Schutz- und Kriminalpolizei werden von der Verwaltungspolizei getrennt. Träger der Schutz- und Kriminalpolizei sind die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Das Polizeigesetz 1947 schreibt diese amerikanische Forderung fest.

Demilitarisierung erstrebt die Zivilisierung der Polizei. Sie muss ihr militärisches Gehabe ablegen. Die militärische Art zu grüßen wird verboten. Die grüne militärisch anmutende Polizeiuniform wird im Mai 1946 durch eine zivil geschnittene blaue Uniform ersetzt.

Denazifizierung soll Nationalsozialisten und Militaristen aus der neuen Polizei fernhalten. Aber ›unbelastete‹ Polizisten sind rar. Reaktiviert werden Beamte, die nach 1933 von den Nationalsozialisten aus Bremens Polizei entlassen worden waren. Aber das sind nur wenige: Erster Chef wird Helmut Yström. Franz Noch wird Chef der Schutzpolizei und 1947 nach Yström Chef der Polizei. Richard Beelitz leitet die Kriminalpolizei; ihm folgt 1948 Richard Siebke bis März 1952.

Gemischte Streife aus US-Militärpolizei und deutscher Polizei neben ihrem Einsatzfahrzeug, 1946.  
Foto: Ursel Kallweit



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# Halbherzige Denazifizierung

**K**ein Polizist darf ohne Genehmigung der Militärregierung wieder tätig sein. Aber seltsam: Mitgliedschaft in der NSDAP verhindert nicht automatisch die Zulassung. Zugelassen werden Polizisten, die 1935 in die Wehrmacht überführt wurden und dort Karriere gemacht hatten. Nicht zu vergessen Männer, die sich in den bremischen Polizeibataillonen am Völkermord beteiligt haben.

Bürgermeister Kaisen meint, ohne erfahrene Beamte werde der Neuaufbau nicht gelingen. Er billigt Nazis ein ›Recht auf politischen Irrtum‹ zu und sagt, sie würden ein neues Leben beginnen und ihren Platz im ›Volksganzen‹ einnehmen. Die Kommunisten kritisieren ihn: Dank seiner Fürsprache für die angeblich unentbehrlichen Fachbeamten

seien in der Polizei je nach Jahrgang und Gruppierung 65 bis 95 Prozent der Nazis wieder im Amt.

Auch wieder zugelassene Polizisten müssen sich später dem Denazifizierungsverfahren nach dem ›Gesetz über die politische Befreiung‹ stellen. Deutsche Spruchkammern entscheiden über den Grad ihrer Mitwirkung in der nationalsozialistischen ›Bewegung‹; sie können Sanktionen verhängen. Eine Korrektur von Personalentscheidungen der ersten Nachkriegszeit hat das nicht bewirkt. Eine bremische oder polizeiliche Besonderheit ist das nicht. Dass die Denazifizierung in den Westzonen vielfach ›Renazifizierung‹ gewesen sei, haben schon zeitgenössische Kritiker betont.



**Karl Kurlenski 1948** (1. v. r.). Seit 1926 war Kurlenski Mitglied der Bremer Polizei. Im 2. Weltkrieg wurde er an der Ostfront eingesetzt und nach Kriegsende aus dem Polizeidienst entlassen. Ein Ermittlungsverfahren der Bremer Staatsanwaltschaft wegen möglicher Verbrechen im Osten wurde eingestellt. Nach seinem Wiedereintritt in die Polizei 1946 übernahm Karl Kurlenski Anfang 1949 die Leitung der 1. Inspektion mit dem Zuständigkeitsbereich Kapitalverbrechen.

Foto: Werner Oelkers

**Karl Schulz' Polizeikarriere** begann 1932 in Berlin. Im Dritten Reich wurde Schulz sowohl Mitglied der SA als auch der SS und NSDAP. 1945 war er Regierungs- und Kriminalrat sowie SS-Sturmbannführer. Nach dem Kriegsende gelang es Karl Schulz in Schleswig-Holstein erneut bei der Polizei unterzukommen. Im Rahmen der Entnazifizierung wurde er als Mitläufer eingestuft. 1952 bewarb er sich schließlich in Bremen für die Leitung der Kriminalpolizei und stieg bis 1960 zum Kriminaldirektor auf.



Zwischen 1955 und 1960 ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen Schulz. Als ehemals persönlicher Referent von Arthur Nebe, dem Chef des Reichskriminalpolizeiamtes, stand er in Verdacht, an Morden der Einsatzgruppe B in

Russland beteiligt gewesen zu sein. Zwar wurde das Verfahren eingestellt, allerdings gab Karl Schulz 1962 als Zeuge eines anderen Ermittlungsverfahrens zu, von Tötungen und Massenerschießungen gewusst zu haben.

Foto: Privatbesitz



## BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1946–1949

## Neue Leute für die Polizei

### Die Polizeischule Borgfeld

Die Militärregierung stellt junge unbelastete Leute für die Polizeimannschaft ein. Sie waren durchweg Soldaten gewesen. Die im Januar 1946 gegründete Polizeischule in Borgfeld soll sie im Sinn der Demokratisierung und Demilitarisierung ausbilden. Schulleiter wird Major a. D. Wilhelm Drewes. Lehrer sind lang gediente Polizeibeamte. Die Lehrgänge dauern drei Monate und vermitteln Allgemeinbildung, Staatsbürgerkunde, Deutsch, Englisch, Rechtskunde. Auf dem Lehrplan stehen Sport, Selbstverteidigung, Boxen, Fußdienst, Schießen. Geübt wird aber auch das Strammstehen, grüßen, melden, exerzieren mit dem Gewehr – solange keine Amerikaner in der Nähe sind.



Polizeischüler im Unterricht, 1953.  
Foto: Polizei Bremen

Bis Ende 1949 durchlaufen rund 1.000 »Neue« die Schule. Dann wird der Unterricht in das Polizeihaus verlegt. Dort gibt es auch Schulen für die Kriminal- und die Schutzpolizei.

### Weibliche Schutzpolizei

Im Sommer 1946 ordnet die Militärregierung die Bildung einer uniformierten weiblichen Schutzpolizei ein. Sie kümmert sich um elternlose Kinder und »entwurzelte« junge Frauen. Mit der Sittenpolizei achten die Polizistinnen auf »Herumtreiberinnen« und »Streunerinnen«, die als potentielle Prostituierte und als Verbreiterinnen von Geschlechtskrankheiten gelten.



Polizistin im Einsatz, 1948.  
Foto: Karl Edmund Schmidt



Schutzpolizistin mit den amerikanischen Beauftragten für öffentliche Sicherheit, 1946.  
Foto: Georg Schmidt



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# Polizeialtag nach dem Krieg

**D**ie Militärpolizei allein kann die Sicherheit in Bremen nicht garantieren. Schon die Briten haben unbewaffnete deutsche Hilfspolizei eingesetzt. Die Amerikaner teilen ab Juni 1945 an die Bremer Hilfspolizisten Schlagstöcke, Pistolen und Gewehre aus.

Bremen ist zu rund 60 Prozent zerstört. Es herrscht Mangel an allem. Der Schwarzmarkt blüht. Seine Bekämpfung durch die Polizei endet erst mit der Währungsreform im Juni 1948. Mancher Polizist beteiligt sich am Schwarzhandel und am »Kohlenklau« – und muss gehen. Einige werden deswegen von Militärgerichten verurteilt.

Das Sprengkommando beseitigt die Relikte der Luftangriffe. Es birgt Tote, entschärft Bomben und Granaten und sammelt Kampfmittel ein. Am 4. Juni 1945 explodiert im Polizeihaus die dort zusammengetragene Munition. Vier US-Soldaten und 31 Polizisten sterben, Hunderte werden verletzt.



**Polizisten im Einsatz gegen Schwarzmarkthändler am Bremer Hauptbahnhof, 1948.**  
Foto: Karl Edmund Schmidt



**Entschärfung einer Fliegerbombe an der Parkallee, 1951.**  
Foto: Georg Schmidt

Die Kriminalität ist hoch. Daran sind auch ehemalige Zwangsarbeiter beteiligt, die nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen. Im November 1945 überfallen zehn Polen einen Hof im Blockland und töten zwölf Bewohner. Vier der Täter werden von einem Militärgericht zum Tod verurteilt und hingerichtet. Der Straßenverkehr nimmt zu. Allein 1945 kommen 73 Menschen bei Verkehrsunfällen



ums Leben. Die Verkehrspolizei hat ein schnell wachsendes Arbeitsfeld.

**Ein Schutzpolizist kontrolliert Arbeiter im Hafen, Ende 1940er Jahre.**



## BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

## Und was denkt die Polizei über ihre Vergangenheit?

**D**ie Militärregierung beruft 1946 eine Bürgerschaft. Vorsitzender ist Bürgermeister Kaisen. Im April 1946 spricht er vor ihr den Beitrag der Polizei zur NS-Diktatur an. Er erwähnt die Opfer der Gestapo, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Verfolgung aus religiösen Gründen, die Entrechtung, Verfolgung, Deportation und Ermordung der Juden. »Verbrechen häuften sich auf Verbrechen, Recht und Gesetz waren aufgehoben, die nackte Willkür herrschte und unter Ausnahmerecht lebten fast alle, die nur einen leisen Protest wagten gegen diese ungeheure Kulturschande, die den Namen des deutschen Volkes in den Augen der gesamten Welt so sehr befleckt hat.«

Eine selbstkritische Auseinandersetzung der Polizei mit ihrer Vergangenheit regt Kaisen damit nicht an. Bei der Polizei herrscht die Selbstrechtfertigung vor: Ja, es gab schwarze Schafe in der Polizei – aber doch nur in der Gestapo. Wir anderen haben unsere Pflicht erfüllt. Bekämpfung der Verbrecher und Abwehr von Gefahren sind Aufgabe der Polizei zu jeder Zeit und in jedem Staat. Wir waren kleine Rädchen und mussten gehorchen. Wir blicken in die Zukunft. Zur Demokratie bekennen wir uns.

Anders als nach 1918 wendet sich die Polizei nun nicht gegen die Demokratie. Viele Beamte treten einer Partei bei, vornehmlich der SPD. Deren Betriebsgruppe organisiert in ihren besten Zeiten mehrere hundert Mitglieder.



Lucius Clay, Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone, im Gespräch mit Wilhelm Kaisen, 1947.



**BÜRGER.  
POLIZEI.**

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1947–1949

## Landesverfassung und Grundgesetz: Die Basis der neuen Polizei

**A**m 21. Januar 1947 proklamiert der US-Militärgouverneur das Land ›Freie Hansestadt Bremen‹. Im Oktober 1947 tritt nach einer Volksabstimmung die Landesverfassung in Kraft. Sie bindet die Polizei an die Gebote der Sittlichkeit und Menschlichkeit und an die Grundrechte. Niemand darf ohne gesetzliche Grundlage verhaftet werden und ist unverzüglich einem Richter vorzuführen. Der Grund der Verhaftung ist mitzuteilen. Jede Härte und jeder Zwang, die zur Verhaftung oder zur Aufrechterhaltung der Haft nicht notwendig sind, sind verboten. Körperlicher oder geistiger Zwang während des Verhörs ist unzulässig.

Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet. Es gründet einen demokratischen, föderalen und sozialen Rechtsstaat. Die Polizei ist an Gesetz und Recht und an die unmittelbar geltenden Grundrechte gebunden. Sie hat die Garantien bei der Freiheitsentziehung zu beachten: Verhaftung nur auf



Eröffnungssitzung der Bremischen Bürgerschaft, 1946.  
Foto: Karl Edmund Schmidt

Grund eines Gesetzes. Verbot der Misshandlung. Über Zulässigkeit und Fortdauer der Haft entscheidet ein Gericht. Die Polizei ist grundsätzlich Sache der Länder. Der Bund kann ein Bundeskriminalpolizeiamt errichten und eine Grenzschutzpolizei aufstellen.

Bremens Polizisten und Polizistinnen werden auf Landesverfassung und Grundgesetz vereidigt.



Senator Adolf Ehlers unterzeichnet für das Land Bremen das Grundgesetz im Parlamentarischen Rat, 1949.



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute



# 1947–1951

## Der Senat übernimmt die Verantwortung für die Polizei

**N**ach der Bürgerschaftswahl vom Oktober 1947 bildet der Senat ein Ressort ›Der Senator für die innere Verwaltung‹, das für die Polizei zuständig wird. Innensenator Ehlers fördert deren Demokratisierung: Die Polizei habe nicht für irgendeine Partei einzutreten. Ihre Partei sei die Verfassung. Eine positive demokratische Haltung der Polizei sei unentbehrlich, wenn es gilt, ›die erst mühsam geschaffene verfassungsmäßige Ordnung aus freiwilliger innerer Überzeugung zu achten und zu verteidigen. Wer sich von nazistischen Reminiszenzen nicht oder noch nicht freimachen kann, ist in der Polizei fehl am Platze.‹

Bald revidiert der Senat Teile des amerikanischen Erbes. Im April 1951 fällt die Trennung von Vollzugspolizei und Verwaltungspolizei. Bremens städtische Kriminal- und Schutzpolizei wird mit der im Stadtamt organisierten Verwaltungspolizei zusammengelegt. Das Stadt- und Polizeiamt entsteht.



**Adolf Ehlers**, Jahrgang 1898. In dem 1945 ernannten Senat war er als Vertreter der KPD Senator für Wohlfahrt, Arbeit und Gesundheitswesen. 1946 trat er zur SPD über. 1948/49 vertrat Ehlers Bremen im Parlamentarischen Rat und war einer der ›Väter des Grundgesetzes‹. Innensenator war er vom Februar 1948 bis November 1963. Von 1959 bis 1963 hatte er neben Wilhelm Kaisen das Amt des Bürgermeisters inne.

Foto: Werner Oelkers

Im November 1951 wird die weibliche Schutzpolizei aufgelöst. Die Frauen sollen sich künftig nur bei der Kriminalpolizei um straffällige Frauen und Kinder kümmern.

Seit 1946 haben die Beamten nach amerikanischem Vorbild auf der Uniform ein metallenes Brustschild mit einer Dienstnummer getragen. Diese Nummer wird 1950 auf Beschluss der Innendeputation entfernt.



**Polizisten gehen 1951 gegen einen streikenden Hafearbeiter auf dem Wilhadi-Brunnen vor.**

Foto: Weser-Kurier



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1951

## Erich von Bock und Polach wird Polizeichef

**L**eitender Polizeidirektor Franz Noch tritt 1951 in den Ruhestand. Ihm folgt Erich von Bock und Polach, Jahrgang 1911. Er war 1931 in Hamburgs Polizei eingetreten und 1935 in die Wehrmacht übergeführt worden, wo er es im Russlandfeldzug bis zum Oberst im Generalstab bringt. Ab 1944 ist er Stabs-offizier und Regimentskommandeur in einer Division der Waffen-SS. 1946 wird er aus der Gefangenschaft entlassen. 1951 strebt er zurück in die Polizei und bewirbt sich mit Erfolg in Bremen. Ihm nutzt, dass er nicht Mitglied der NSDAP war. Er leitet als »Polizei-präsident« das Stadt- und Polizeiamt und amtiert von Mai 1951 bis Dezember 1975. Er wird als selbstsicherer und freundlicher Beamter geschildert, dessen militärische Ver-



Von Bock und Polach in Uniform.  
Foto: Polizei Bremen

gangenheit sein Auftreten und den Umgang mit Untergebenen prägte. Die Beziehungen zu Personalräten und Gewerkschaften und zur Betriebsgruppe der SPD pflegt er. Auch er ist Mitglied der SPD. Bis ans Ende seiner Karriere unterhält er enge Kontakte zur Bundeswehr, die 1955 entsteht.

Der Polizeipräsident »füttert« die erste Parkuhr in Bremen, 1955.  
Foto: Polizei Bremen



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1952

## Die Bereitschaftspolizei wird aufgestellt

In den Zeiten des Kalten Krieges fürchtet man in der Bundesrepublik innere Unruhen, geschürt von Kommunisten. Seit Juli 1952 existiert in der DDR die kasernierte Volkspolizei. Mit Zustimmung der Westmächte stellen die westdeutschen Länder kasernierte Bereitschaftspolizeien (Bepo) auf. Ausrüstung und Bewaffnung regelt der Bund, für Personal, Unterkunft und Ausbildung sorgen die Länder.

Bremen stellt bis Oktober 1953 zwei Hundertschaften auf. Die »truppenpolizeiliche Ausbildung« dauert drei Jahre. Sie ist »Polizeischulung.« Jeder künftige Polizist muss sie durchlaufen und anschließend mindestens vier Jahre kaserniert Dienst tun, bevor er in den Revierdienst versetzt wird.

Die Männer üben das geschlossene Vorgehen gegen Menschenansammlungen und lernen, »kampfmäßig« inneren Unruhen zu begegnen. Ausgerüstet sind sie mit Tschako, Stahlhelm, Karabiner, Maschinengewehren,



Schießausbildung bei der Bereitschaftspolizei, ca. 1952.  
Foto: Polizei Bremen

Granatwerfern, Handgranaten, Wasserwerfern, Tränengas, gepanzerten Fahrzeugen. Das nach 1945 von den Alliierten verfolgte Prinzip der »Demilitarisierung« der Polizei ist dahin. Es herrscht das Prinzip von Befehl und Gehorsam. An der Spitze stehen einstige Offiziere der Wehrmacht.

Bremens KPD sieht in der Bepo den »Kern der künftigen Bürgerkriegsarmee.« Senator Ehlers spricht dagegen von der Erziehung charaktvoller Meister des Polizeiberufs, welche die demokratische Lebensordnung aus innerer Überzeugung bejahen und an denen sich die Brandung der offenen und getarnten Gegner des neuen demokratischen Staates brechen werde. Dennoch: Zweifel bleiben, ob die so strukturierte Bepo die »Schulung« der Polizei in einer demokratischen Gesellschaft sein kann.



Bereitschaftspolizisten bei einer Übung in Schwanewede, 1952.  
Foto: Werner Struwe



Vereidigung der ersten Bereitschaftspolizisten, 1952.  
Foto: Werner Struwe



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

## Ein neues altes Leitbild: Die Polizei als Freund und Helfer

**B**remens Polizei stellt sich dar als Freund und Helfer der Bürger. Das klingt bekannt: 1936 hatte es geheißen, die Polizei wolle »in Treue zum Führer Freund und Helfer jedes Volksgenossen sein.« Die Worte mögen dieselben sein, gemeint und praktiziert ist jetzt etwas anderes: Die Polizei will Freund und Helfer aller Menschen sein und ihr Leitstern ist das demokratische Gesetz. In diesem Sinn wirbt sie um Vertrauen und informiert über sich und ihre Aufgaben. Bremens Öffentlichkeit reagiert durchaus positiv. 1953 findet die erste »Polizeischau« der Nachkriegszeit statt. Polizeisport- und Musikfeste erfreuen sich großer Beliebtheit. Die oft international besetzten Programme locken Tausende.

### Polizeischau im Weserstadion, 1954.

Foto: Werner Struwe



### Platzkonzert der Schutzpolizei, 1953.

Foto: Werner Struwe

Großen Anklang finden die »Tage der offenen Tür« in Revieren und Unterkünften. Besonders gern hört man das Musikkorps und die Konzerte des Gesangvereins der Bremer Polizei.

Doch manchmal bekommt das schöne Bild Flecken. Präsident von Bock verursacht die »Leihwagenaffäre.« Eine Autofirma hat ihm kostenlos Autos zur privaten Nutzung überlassen. Von März 1960 bis Oktober 1961 muss er die Amtsgeschäfte ruhen lassen. Von der Anklage der Bestechlichkeit spricht ihn das Landgericht frei. Das Verwaltungsgericht erkennt aber ein Dienstvergehen und verhängt eine Gehaltskürzung.



### Fahrradkontrolle, 1957.

Foto: Werner Struwe



### Funkstreifenwagen Borgward Isabella, 1961.

Foto: Ernst Mähr



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1960

## Das Polizeigesetz von 1960. Stimmt die Richtung?

**I**m Jahr 1960 schließt ein neues Polizeigesetz die Entwicklung seit 1945 ab. Zum Polizeivollzugsdienst des Landes gehören das Landeskriminalamt, die Wasserschutzpolizei und die Bereitschaftspolizei. Die Aufgaben der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei nehmen weiterhin die Gemeinden wahr – aber im Auftrag des Landes. Die Polizei hat Gefahren abzuwehren, welche die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedrohen. Ihr Handeln folgt dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Der Aufbau einer verfassungstreuen Polizei war das Ziel der Militärregierung und des Senats. 1960 ist die Bilanz nicht schlecht. Sicherlich ist Bremens Polizei bis dahin keine liberale und besonders auf Demokratisierung drängende Kraft. ›Truppenpolizeiliche‹ Ausbildung, ›soldatische‹ und militärische Denkungsart und nationalsozialistische Be-



Dienst im Polizeirevier, 1966.

Foto: Ernst Mähr



Deichverteidigung bei der Sturmflut 1962.

Foto: Polizei Bremen

lastung mancher Leiter (und die Weigerung, sich damit auseinander zu setzen) beeinflussen noch das Klima in der Polizei. Aber sie ist anders als nach 1918 keine antidemokratische Kraft.

Allerdings gibt es schon zu Beginn der 1960er Jahre Anzeichen dafür, dass manche Bürgerin, mancher Bürger beim Aufbruch zur Demokratie einen schnelleren Schritt geht als die Polizei. Nach dem Urteil mancher Beobachter marschiert vornehmlich die Leitung der Bereitschaftspolizei mental bei der Nachhut.



Polizisten regeln den Straßenverkehr, vermutlich bei der Mai-Demonstration 1966.

Foto: Ernst Mähr

Beamter der Schutzpolizei, 1967.

Foto: Senator für Inneres und Sport



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1962

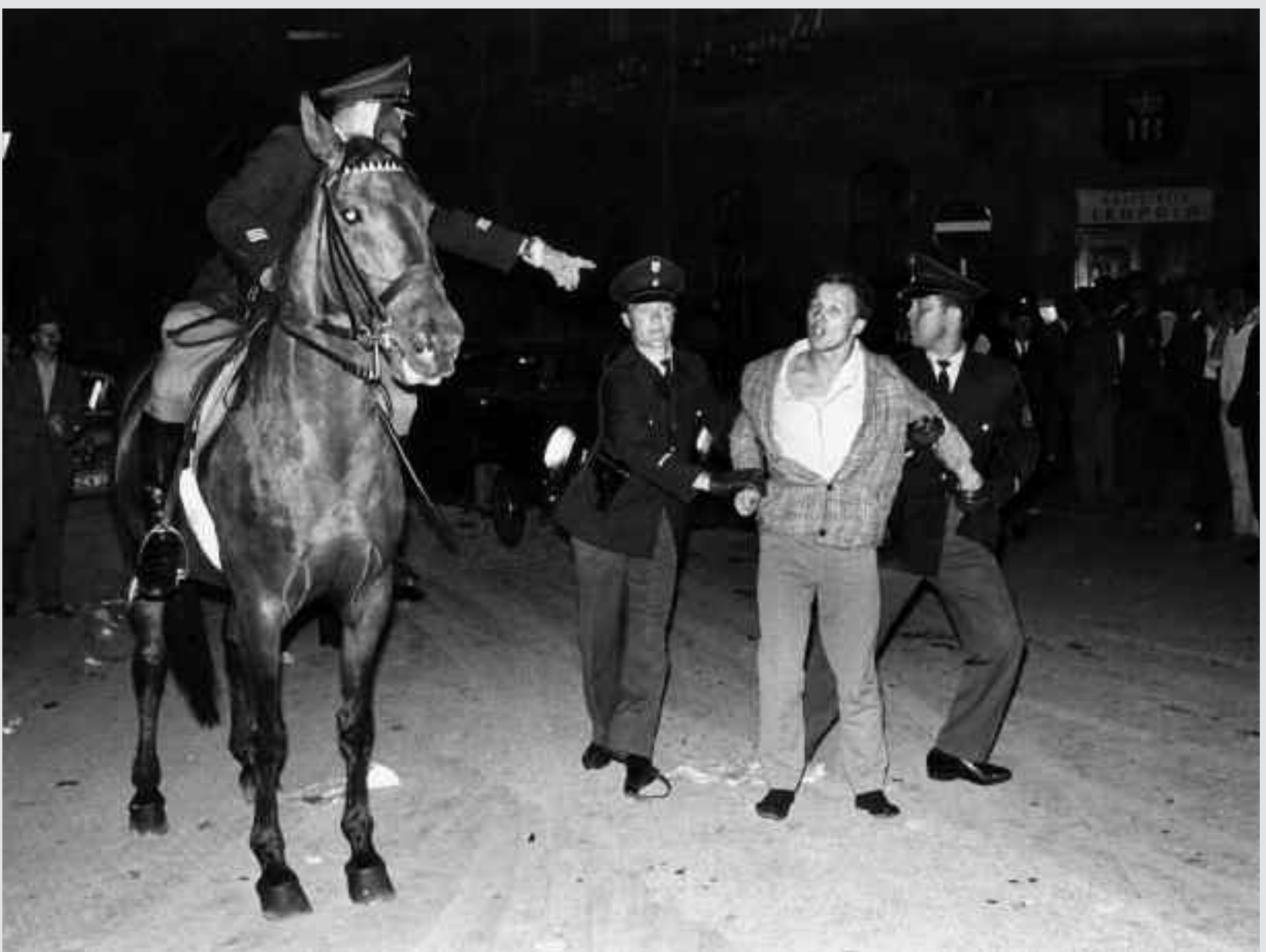
## Ein bayerisches Menetekel: Die Schwabinger Krawalle.

**V**iele Menschen probieren, oft noch tastend, liberale Formen des gesellschaftlichen Lebens aus. Sie können sich auf ihre demokratischen Grundrechte stützen. Vieles an solchen neuen Formen gesellschaftlicher Lebensäußerungen ist neu und ungewohnt. Wie reagiert die Polizei? Kann, darf, muss sie einschreiten? Was heißt jetzt: Verhältnismäßigkeit?

Eine bundesweit beachtete Antwort auf solche Fragen kommt aus München. 1962 treibt die Polizei in einer lauen Nacht flanierende Leute knüppelnd auseinander, um die Nachtruhe der Bürger und die ›Leichtigkeit‹ des Straßenverkehrs zu sichern. Die Folge sind vier Nächte dauernde Zusammen-

stöße zwischen Polizei und mehreren tausend Personen. Die ›Schwabinger Krawalle‹ setzen Münchens kommunale Polizei heftiger Kritik aus. Und sie setzen dort ein neues Denken in Gang. Erprobt werden angemessene Formen polizeilicher Reaktion auf derartige Lagen. Deeskalation tritt an die Stelle des Zuschlagens. Psychologen lehren der Polizei den flexiblen Umgang mit emotionalisierten Menschenmassen. Es entwickelt sich die ›Münchner Linie.‹

Die Erfahrungen und Reaktionen der Kollegen in München haben in Bremens Polizei zunächst keine durchgreifenden Folgen gehabt.



Schwabinger Krawalle, 1962.  
Foto: picture alliance



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

## ›Ein Band wachsender Freundschaft zwischen Polizei und Bürgern‹?

**I**nnensenator Koschnick setzt die Linie seines Vorgängers fort: Weiterer Aufbau einer positiv demokratischen Polizei, die in der Gesellschaft verankert ist und von ihr getragen wird. Er will ein ›Band wachsender Freundschaft zwischen Polizei und Bürgern‹ knüpfen und psychologische Barrieren zwischen beiden abbauen. Aber genügt das angesichts der Erfahrungen von Schwabing?



**Hans Koschnick, SPD. Geboren 1929 in Bremen. 1955 in die Bürgerschaft und 1963 in den Senat gewählt. Senator für Inneres von November 1963 bis November 1967.**

Foto: StAB (Schmidt)



**Die Polizei als ›Freund und Helfer‹, 1967.**

Foto: Senator für Inneres und Sport

Die Frage wird dringender. Die Polizei zum Beispiel in Berlin, Frankfurt oder Köln reagiert auf neue Formen der Meinungsäußerung und des Protests mit Knüppel, Tränengas und Wasserwerfern. Am 2. Juni 1967 erschießt ein Polizist in Berlin bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien

den Studenten Benno Ohnesorg. Die Polizei gerät bundesweit in die Kritik. Bald muss auch Bremens Polizei ihre Erfahrungen mit derartigen Lagen machen.



**Straßenszene, 1967.**

Foto: Senator für Inneres und Sport



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1968

## Die Straßenbahnunruhen in Bremen

**I**nnensenator Franz Löbert ist erst wenige Wochen im Amt, als Bremen von den ›Straßenbahnunruhen‹ geschüttelt wird. Im Januar 1968 protestieren Jugendliche gegen den Plan der Bremer Straßenbahn AG, mit Zustimmung des Senats die Fahrpreise zu erhöhen. Am 15. Januar 1968 blockieren Protestierer an der Domsheide Bahnen und Busse. Der Verkehr steht still. Bürgermeister Koschnick will dem Druck der Straße nicht nachgeben. Die Polizei erscheint und räumt. Tags darauf wird wieder blockiert. Präsident von Bock setzt Wasserwerfer ein. Am dritten Tag sind 3000 Demonstranten vor Ort. Von Bock gibt mit seinem legendären Befehl ›Draufhauen! Nachsetzen!‹ den Knüppel frei. Üble Prügelszenen sind die Folge. Verletzte sind zu beklagen. Circa 200 Demonstranten werden festgenommen. Am 19. Januar hält die Polizei sich zurück. Frau Bürgermeister Mevissen und andere Politiker – unter ihnen



**Polizeikette.**

Foto: Senator für Inneres und Sport



**Straßenbahndemonstration.**

Foto: Senator für Inneres und Sport



**Schienenblockade.**

Foto: Senator für Inneres und Sport

Senatsdirektor Dr. Klischies – diskutieren mit Demonstranten. Der Aufruhr beruhigt sich. Die Erhöhungen werden teilweise zurückgenommen.

Ein Untersuchungsausschuss der Bürgerschaft kritisiert scharf: Die Polizei sei auf die Ereignisse weder taktisch noch psychologisch vorbereitet gewesen. Die Ausbildung von Bereitschafts-, Schutz- und Kriminalpolizei sei nicht zeitgemäß. Von Bock habe durch seine Befehle die Lage verschärft. Im Polizeihaus herrsche ein autoritärer Geist.



**Wasserwerfereinsatz.**

Foto: Senator für Inneres und Sport



**Schüler protestieren gegen die Erhöhung der Straßenbahn-Fahrpreise.**



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute



# 1968

## Eine neue Linie

**D**er Senator reagiert. Im September 1968 erläutert Münchens Polizeipsychologe Georg Sieber in Bremen die ›Münchner Linie‹: Abschied vom Bild der ›starken, Furcht einflößenden Polizei‹, Vermeidung ausschließlicher Konfrontation, Kommunikation an der richtigen Stelle. Im April 1969 setzt der Senator neue, in den Ländern einheitlich geltende Richtlinien für den Einsatz der Polizei bei Demonstrationen in Kraft. Der Auftrag lautet jetzt: Grundrechte der Demonstranten sind zu schützen. Auflösung einer Versammlung ist letztes Mittel. Geschlossenes Vorgehen ist möglichst zu vermeiden. Manchmal kann Einzeleinsatz oder Zurückhaltung der Polizei richtig sein.

Die neue Linie findet offenbar Anklang. Eine vom Senator bestellte ›Infas‹-Untersuchung ergibt: Bremens Bürger sehen in der Polizei eine zivile Institution und einen

Freund und Helfer. Allerdings: Das ›Nachsetzen und Draufhauen‹ lehnen sie ab. Die Polizei soll freundlicher mit Menschen umgehen und psychologisch geschult sein. Sie soll mehr mit der Zeit gehen.

In der Polizei setzt bundesweit ein Nachdenken über Notwendigkeit und Ziele von Reformen ein. Im Kreis der Innenminister von Bund und Ländern kommt eine Reformdiskussion auf. Die Verfassung als der Leitstern polizeilichen Handelns wird betont. Die Eignung der truppenpolizeilichen Ausbildung als ›Polizeischulung‹ wird hinterfragt. Die Innenminister wollen bis 1972 ein umfassendes Programm für die Innere Sicherheit erstellen. Der seit Ende der 1960er Jahre auftretende Terrorismus forciert solche Überlegungen.



**Franz Löbert, SPD.**  
Geboren 1906.  
Von 1945 bis 1947  
Bürgermeister und 1947/48  
Amtsvorsteher  
in Bremen-Huchting.  
1953 bis 1967 Senats-  
direktor des Innensenators.  
Innensenator von  
November 1967 bis  
Dezember 1971.

Foto: StAB (Schmidt), 1963



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1968

## Interne Reformversuche in Bremen. Vom Scheitern eines Reformers

**B**remen beteiligt sich an der Erarbeitung des Sicherheitsprogramms. Auch intern gibt es Neuerungen. Senatsdirektor Dr. Klischies setzt zum Beispiel durch, dass bei Beförderungen das Leistungsprinzip verstärkt beachtet wird. Er regt junge Polizisten zu einer kritischen Reflektion ihrer Aufgaben in der Demokratie an. Im Polizeihaus eckt er an. Er gilt dort als politisch ambitionierter linker Sozialdemokrat, der sich auf Kosten der Polizei profilieren will.

Im Februar 1971 wird bei einer Fahndung nach Terroristen bei einem Priester ein Notizbuch gefunden, in dem auch Klischies verzeichnet ist. Die CDU-Fraktion der Bürgerschaft erfährt davon und fragt den Senat ob Klischies ein Sympathisant des Terrorismus sei. Beobachter meinen, das sei eine gezielte Indiskretion zum Schaden von Klischies, die aus dem Polizeihaus komme. Der Verdacht

gegen Klischies wird sofort widerlegt. Polizeipräsident von Bock und Polach erklärt trotzdem, die Sicherheit des Staates durch eine intakte Polizei sei mit Klischies nicht zu gewährleisten. Der Senator lässt den Senatsdirektor fallen. Löbert muss aus den Reihen seiner Partei hören, er habe sich für die Interessen des Polizeipräsidenten, der Polizeigewerkschaft und der Personalräte einspannen lassen. Die Forderung, Polizeipräsidenten zu entlassen, die in der SPD laut wird, scheitert.

**Dr. jur. Waldemar Klischies, SPD.**  
Geboren 1929. 1963 bis 1968 stellvertretendes Mitglied des Staatsgerichtshofes Bremen. 1967 bis 1971 Senatsdirektor und Vertreter des Innensensors Franz Löbert.  
Foto: Andreas Buttman



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1971

## Modernisierung der Ausbildung

**I**n der Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971 kündigt Bürgermeister Koschnick die Modernisierung der Ausbildung der Polizeibeamten an. In Bremen werden nun Forderungen des 1972 beschlossenen Programms der Innenminister für die Innere Sicherheit umgesetzt:

Der Eintritt in die Bereitschaftspolizei (mittlerer Dienst) setzt jetzt den Realschulabschluss voraus. Die dreijährige Ausbildung will die Persönlichkeit bilden, Sachwissen vermitteln und die Integration der Polizei in die demokratische Gesellschaft fördern.

›Truppenpolizeiliche‹ Anforderungen treten gegenüber den Belangen des Einzeldienstes zurück. Seit 1976 werden die Beamten nach der Ausbildung zu einer neuen ›Einsatzhundertschaft‹ versetzt, die primär den polizeilichen Einzeldienst in der Stadt Bremen unterstützt. Innensenator Fröhlich erklärt,



**Helmut Fröhlich, SPD (2.v.l.). Geboren 1929, Fernmeldetechniker, Postgewerkschaftler. 1967 Mitglied der Bürgerschaft. Innensenator Dezember 1971 bis November 1983.**

Foto: Funke WSP

dass die ›alte‹ Bereitschaftspolizei nicht mehr existiere. Inzwischen ist auch eine jüngere Generation von Vorgesetzten, Ausbildern und Lehrern an die Stelle der noch militärisch geprägten Männer der Anfangsjahre getreten.

Für den gehobenen Polizeivollzugsdienst wird eine berufspraktische Ausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage eingeführt. Bremen gründet dazu 1979 die Hochschule für Öffentliche Verwaltung (HfÖV). Polizisten werden überwiegend gemeinsam mit Beamten der allgemeinen Verwaltung und der Finanzverwaltung ausgebildet; den Unterricht erteilen primär Hochschullehrer und nicht Polizeibeamte.

Tätigkeit im Höheren Polizeivollzugsdienst setzt den Hochschulabschluss voraus. Die Ausbildung bleibt wie bisher bei der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup, die später zur Hochschule aufgewertet wird. Der Unterrichtsstoff wird zeitgemäß ausgeweitet. Kenntnisse in Psychologie und Soziologie sollen die Beamten befähigen, Wandlungsprozesse des Individuums und der Gesellschaft zu beurteilen und für die tägliche Praxis zu verwerten.



**Festakt im Rathaus anlässlich der Eröffnung der Hochschule für Öffentliche Verwaltung, 1979.**



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

## Bremens Polizei im Einsatz gegen Terrorismus

**D**ie Modernisierung kommt voran – trotz der Bedrohung durch den Terrorismus in den 1970er Jahren. Nach dem Überfall von Palästinensern auf die israelische Olympia-Mannschaft in München im September 1972 stellt Bremen wie die anderen Bundesländer ein Mobiles Einsatzkommando (MEK) auf. 1983 kommt das Spezialeinsatzkommando (SEK) dazu. Die Beamten sind für den Einsatz bei Geiselnahmen, Terrorakten und Entführungen ausgebildet. In Ausnahmefällen dürfen sie bei gewalttätigen Demonstrationen verwendet werden.

Im April 1974 üben Schutzpolizei und Bundesgrenzschutz in Bremen Maßnahmen bei Flugzeugentführungen mit Geiselnahme. Im Oktober wird in Bremen der zum Kreis der RAF gerechnete Wolfgang Quante festgenommen, als er beim Bau von Sprengsätzen eine Explosion auslöst. Im Dezember explodiert in einem Schließfach des Bremer Hauptbahnhofs eine Bombe, die sechs Menschen verletzt. Die Täter werden im Umkreis des Terrorismus vermutet, aber nicht ermittelt. Im April 1975 findet auf Beschluss der Innenministerkonferenz ein ›Bundesfahndungstag‹ statt. In Bremen bleibt ein besonderer Fahndungserfolg aus.



**Terroristischer Bombenanschlag im Bremer Hauptbahnhof, 1974.**  
Foto: Klaus Sander



**Einsatzübung SEK, 1990er Jahre.**



**BÜRGER.  
POLIZEI.**

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1975

## Polizeipräsident von Bock und Polach stürzt

In diesen Zeiten amtiert Polizeipräsident von Bock und Polach ohne fortune. Er stürzt 1975 über ein Nachbeben zur Entlassung von Dr. Klischies, das als ›Tonbandaffäre‹ denkwürdig geblieben ist. Die CDU-Fraktion der Bürgerschaft fragt im August 1975 den Senat, ob der SPD-Abgeordnete Thomas Franke im Februar 1971 den Priester, in dessen Notizbuch Klischies vermerkt war, angestiftet habe, eine falsche eidesstattliche Versicherung für Klischies abzugeben. CDU-Chef Bernd Neumann verliert im Plenum den Text eines Telefonats zwischen von Bock und einem Journalisten, das dieser heimlich aufgenommen hat. In Andeutungen von Bocks meint die CDU den Verdacht gegen Franke zu erkennen.

Von Bock erklärt alles für unwahr, meldet sich krank, wird suspendiert und tritt aus der SPD aus. Vor einem Untersuchungsausschuss verweigern Neumann und der Journalist die Aussage. Von Bock ist vernehmungsunfähig. Die Ausschussmehrheit entlastet Franke vollständig. Zum 31. Dezember 1975 wird von Bock auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt.



**Bernd Neumann, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Bremischen Bürgerschaft, 1975.**

Foto: Karl Edmund Schmidt.

Neuer Polizeipräsident wird im März 1976 Ernst Diekmann. Er ist 1946 nach dem Kriegsdienst in die bremische Polizei eingetreten. 1970 bis 1972 hilft er in Afghanistan beim Aufbau der Polizei. Nach seiner Rückkehr leitet er die Landespolizeischule. Ernst Diekmann schätzt offene Worte. Schon bei seiner Amtseinführung erklärt er, er werde in jedes Fettnäpfchen treten, das betreten werden muss, um den Bürgern Sicherheit und Ordnung zu geben.



**Polizeipräsident Ernst Diekmann.**



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1977

## Demonstrationen, Hausbesetzungen: Weicht das Recht?

**I**n den 1970er Jahren wird in Bremen zunehmend demonstriert. 1975 zählt man 87 Demonstrationen und Aktionen, 1977 sind es schon 112. Die meisten bleiben friedlich, aber nicht alle. Polizeibeamte werden auch mit gefährlichen Gegenständen und offenbar gezielt angegriffen.

Nicht immer gelingt die Räumung besetzter Häuser. Besetzer finden im Februar 1973 Fürsprecher in der Bürgerschaftsfraktion der SPD. Das Liegenschaftsamt zieht seine Aufforderung zur Räumung zurück. Mancher Polizist sieht darin ein Zurückweichen der Politik vor rechtswidrigem Verhalten. Und das ist aus polizeilicher Sicht nicht der einzige Fall von Eingriffen politischer Instanzen in die Arbeit der Polizei.

Steigt der Frust? Werden die Sitten bei der Polizei rauer? Journalisten beobachten Übergriffe und fragen Polizeipräsident Diekmann, ob seine Leute »zu hart rangingen«? Er erwidert: Der Umgang mit großen und kleinen Gaunern färbe ab. Die Maßstäbe der Justiz sind strenger: Im Februar 1977 werden zwei Beamte wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung im Amt zu Freiheitsstrafen von je neun Monaten verurteilt.



Übung der Polizei für den Einsatz bei Demonstrationen, 1980er Jahre.

Foto: Krüger



Demonstration auf dem Marktplatz, 1978.

Foto: Bereitschaftspolizei



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1980

## Die Rekrutenvereidigung im Weserstadion, 6. Mai 1980

**F**ür den 6. Mai 1980 plant das Verteidigungsministerium das öffentliche Gelöbnis von 1.200 Rekruten mit Großem Zapfenstreich im Weserstadion. Anlass ist der 25. Jahrestag des Beitritts der Bundesrepublik zur NATO und der Gründung der Bundeswehr. Die Veranstaltung ist höchst umstritten. Das Stadt- und Polizeiamt genehmigt Demonstrationen vor dem Stadion. Dort sind über 1.000 Beamte aus Bremen und Niedersachsen im Einsatz. Militante Demonstranten wollen das Stadion stürmen. Es entwickelt sich eine Straßenschlacht, deren Brutalität für Bremen neu ist. Brandsätze werden geworfen. Autos brennen. Es gibt Verletzte. Die Vereidigung im Stadion läuft ab wie geplant.



Die Bürgerschaft untersucht die Vorgänge. Auch der Verteidigungsausschuss des Bundestags befasst sich mit der Sache und lädt Verantwortliche aus Bremen vor. Während die Untersuchung der Bürgerschaft andauert, steigern Aktionen von Atomkraftgegnern und die Reaktionen senatorischer Behörden darauf den Unmut in den Reihen der Polizei weiter.

**Krawalle bei der Rekrutenvereidigung  
am 6. Mai 1980 im Weserstadion.**

Fotos: Werner Oelkers



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1980

## Die ›Republik Freies Wendland‹ und das ›Diekmann-Papier‹

**D**as Verhältnis der Polizei zu Atomkraftgegnern ist seit längerem gespannt. Im Juni 1980 errichten Atomkraftgegner nahe dem Polizeihaus eine Hütte, die sie ›Botschaft der freien Republik Wendland‹ nennen. Der Senat verzichtet auf die Entfernung. Hohe Beamte der Innen- und der Bauverwaltung bieten an, die Hütte für ein Jahr zum Kennedy-Platz zu verlegen. Anwohner und Geschäftsleute protestieren vergeblich. Die Opposition meint, dass der Senat damit gesetzwidriges Verhalten billige. Das trifft die Haltung vieler Polizisten. Polizeipräsident Diekmann dringt darauf, dass Senator und Deputation sich mit dem Unbehagen der Polizei befassen. Auf Wunsch des Senators schreibt Diekmann seine Kritik nieder. Bevor das Papier in der Deputation zur Sprache kommt, wird es bekannt.

Diekmann schreibt: Die Polizei könne ihren Auftrag nicht erfüllen und die Politik sei mit dafür verantwortlich. Verträge mit Atomkraftgegnern und Hausbesetzern machten Rechtsbrecher hoffähig und den Versuch zur Durchsetzung des Rechts zur Farce.



**Besetztes Haus  
in der Mozartstraße, 1979.**  
Foto: StAB (Schmidt)



**Botschaft der ›Republik Freies Wendland‹,  
Präsident-Kennedy-Platz, 1980.**  
Foto: StAB (Junker)

An der Universität gebe es ›Naturschutzparks für mindestens Verbalradikalismus.‹ Die Entwicklung der Sympathisantenszene des Terrorismus gebe zu Befürchtungen Anlass. Bürgerinitiativen regelten eigenmächtig den Straßenverkehr in ihrem Wohnbereich. Es gebe weite Freiräume, die für die Polizei sakrosankt würden. Die Beamten seien demotiviert und frustriert; 15 Prozent von ihnen seien ›Nullarbeiter.‹

Die Gewerkschaft der Polizei verwirft den ›Behördenleiterstandpunkt‹ Diekmanns und empört sich über die ›15% Nullarbeiter.‹ Bürgerinitiativen zürnen. SPD-Leute sehen Ansichten aus dem 19. Jahrhundert und eine ›law and order‹-Haltung Diekmanns, die dem auf Toleranz, Liberalität und Bürgernähe zielenden SPD-Programm widersprechen. Diekmann findet Zustimmung nicht nur in der Polizei. Der WESER-KURIER meint etwa, es ›seien nicht nur viele Bremer Bürger verunsichert, sondern ganz offensichtlich auch das Rechtsempfinden der auf Einhaltung von Gesetzen und Ordnung gedrillten Polizeibeamten erschüttert. Ihr Einsatzwillen und ihre Bereitschaft, der Autorität der politischen Führung zu folgen, haben darunter gelitten.‹

Am Ende einigen sich Politiker und Polizeiführung auf eine Kompromissformel. Gelöst ist das Problem aus Sicht vieler Polizisten dadurch nicht. Ihr Missvergnügen an der ›Politik‹ bleibt.



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute



**1981****Die politische Debatte um Bremens innere Sicherheit geht weiter**

**A**ber wie soll man dieses Missvergnügen abbauen? Gewisse Demonstranten sehen in der Polizei weiterhin die Repräsentantin eines ›Systems‹, das sie bekämpfen. Im Herbst 1981 fordern Auseinandersetzungen Verletzte auf beiden Seiten. Es gibt Sachschäden, es wird geplündert, Geldinstitute, eine Baugesellschaft und ein Parteibüro der CDU sind Ziel von Aggressionen. Die Polizeireviere in Gröpelingen und Vegesack werden angegriffen. Ist der Senat noch Herr der Lage? CDU-Vorsitzender Bernd Neumann erklärt, die SPD sei in Fragen der inneren

Sicherheit unentschlossen und in zwei Lager gespalten. Ostertor und Steintor und Teile von Bremen-Nord seien nicht mehr in der Hand der Staatsgewalt. Gegen gewalttätige Demonstranten müsse rigoros und härter vorgegangen werden. Die politische Führung dürfe die Polizei nicht im Regen stehen lassen. Bremens politische Linke sieht die Sache umgekehrt. Die im Oktober 1982 gegründete Initiative ›Bürger kontrollieren die Polizei‹ glaubt eine Tendenz zum Polizeistaat zu erkennen.

**Bereitschaftspolizisten üben den Einsatz mit dem Wasserwerfer, 1995.**  
Foto: Anja Weymann



**BÜRGER.  
POLIZEI.**

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1983

## Ein neuer Weg: Gespräch statt Konfrontation

**M**it der Zeit lässt das aggressiv geprägte Demonstrationsgeschehen nach. Der Gedanke der ›friedlichen Versammlung von Bürgern unter freiem Himmel‹ bekommt seine Chance. Bremens Polizei arbeitet daran mit. Im Oktober 1983 will die Friedensbewegung bundesweit gegen Aufrüstung und Nachrüstung (›NATO-Doppelbeschluss‹) demonstrieren. Auch Bremens Polizei bereitet sich vor. 600 Beamte absolvieren ein 3-Tage-Seminar über Verfassungsrecht, das Versammlungsgesetz und das Demonstrationsstrafrecht. Es geht um taktische Fragen. Alles sei zu vermeiden, was Emotionen aufpeitschen kann. Ein Polizeipsychologe gibt Ratschläge. Er kann auf den Kenntnissen aufbauen, die den Beamten in der Ausbildung vermittelt worden sind.

**Bereitschaftspolizisten während einer Anti-NATO-Nachrüstungs-demonstration am Zollamt ›Roter Sand‹ in Bremerhaven, 1983.**

Foto: Jochen Stoss



**Protestaktion gegen die Stationierung von Atomraketen in der BRD, 1983.**

Foto: Rosemarie Rospek

Danach sucht die Polizei das Gespräch mit den Veranstaltern. In der Unterkunft der Bereitschaftspolizei kommen Vertreter des Bremer Friedenforums, der Kirchen, der Bundeswehr und der Gewerkschaften mit Polizeibeamten und dem Polizeipsychologen zusammen. Friedensfreunde meinen, das im Grundgesetz verankerte Widerstandsrecht berechtige sie zu Verstößen gegen Gesetze. Die Vertreter der Polizei halten dagegen: Gewaltfreie Demonstrationen sind zu schützen, aber Verstöße gegen das Gesetz sind unzulässig. Man kommt in diesem Punkt nicht ganz zusammen. Aber man redet miteinander. Die Demonstration verläuft überwiegend friedlich.

Im Mai 1985 klärt der ›Brokdorf-Beschluss‹ des Bundesverfassungsgerichts die Aufgaben und Befugnisse der Polizei bei Demonstrationen. Grundrechte der Bürger und Bürgerinnen hier und Befugnisse und Pflichten der Polizei dort werden deutlich herausgearbeitet. Bremens Polizei kann sich bestätigt fühlen. Sie braucht ihre zuletzt entwickelte Praxis nicht besonders zu ändern.



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1983

## Bremen gibt sich ein neues Polizeigesetz

**I**m Jahr 1972 war die Innenministerkonferenz übereingekommen, die Polizeigesetze der Bundesländer zu vereinheitlichen. Im November 1977 liegen zwei unterschiedliche Entwürfe vor. Einer davon will den Begriff der ›öffentlichen Ordnung‹ beseitigen und die Zuständigkeit der Polizei auf den ›Schutz der öffentlichen Sicherheit‹ beschränken. Die Vereinheitlichung gelingt nicht. Wie andere Länder modernisiert Bremen sein Gesetz in eigener Regie. Den Entwurf legt nicht der Senat vor, sondern die SPD-Fraktion der Bürgerschaft. Bremen verzichtet als erstes Land darauf, der Polizei den Schutz der öffentlichen Ordnung aufzutragen. Der ›finale Rettungsschuss‹ wird gesetzlich nicht geregelt. Mit seinen Vorschriften zum bereichsspezifischen Datenschutz ist Bremen Vorreiter unter den Bundesländern.

Die CDU-Fraktion trägt den Gesetzentwurf der SPD nicht mit. Sie nimmt – wie auch viele Polizeibeamte – Anstoß an der Entfernung des Schutzes der ›öffentlichen Ordnung‹ aus dem Auftrag der Polizei.

### Schutz der öffentlichen Sicherheit bei einem Fußballspiel

Foto: Polizei Bremen



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1987

## Bürgerpolizei in Zeiten des Sparens

**I**nnensenator Kröning muss die Linie fortsetzen, die schon das Ende der Amtszeit von Senator Fröhlich geprägt hat: Sparen. Einstellungsstopp und Stellenstreichungen sind Alltag. Polizeireviere werden aufgegeben oder zusammengelegt. Die Wasserschutzpolizei schließt eine Station. Ausrüstung und Fahrzeuge werden verzögert ersetzt. Das Landeskriminalamt wird zur Kriminalpolizei verlagert. Schwerpunktbildung und Konzentration auf die wichtigsten Aufgaben sind angesagt. Krönings Politik bleibt, dass der Sparzwang weder Rechtsstaatlichkeit noch Liberalität aushebeln darf. Es geht auch darum, dass die Polizei sich weiterhin auf den gesellschaftlichen und politischen Wandel jener Jahre einstellt und ihn – orientiert an der Verfassung – mit vollzieht. Opposition, Gewerkschaften und Personalräte beschwören das Ende polizeilicher Handlungsfähigkeit durch das Sparen. Kröning erreicht im Februar 1987 Ausnahmen vom Einstellungsstopp für die Polizei. Mit erfreulichen Folgen: Jetzt werden auch Frauen zur Ausbildung in der Bereitschaftspolizei zugelassen. Im September 1987 vereidigt Kröning erstmals 21 Frauen – neben 19 Männern.



**Innensenator Volker Kröning (SPD) begrüßt Kirsten Schrader, die erste Beamtin der Bereitschafts- und Schutzpolizei. Kröning war seit 1979 Mitglied der Bürgerschaft und 1983 bis 1987 Innensenator.**

Foto: Jochen Stoss



**Polizisten protestieren gegen Personalkürzungen und Einsparungen, 1984.**

Schon zuvor konnte er die Polizeihauptwachtmeisterin Kirsten Schrader begrüßen, die nach ihrer Ausbildung in Niedersachsen nach Bremen gekommen war. 1984 kommt das SEK bundesweit ins Gerede, weil es seine Befugnisse weit überschritten habe. Es sei auch gegen Randalierer, Demonstranten oder Fußballfans viel zu hart vorgegangen. Es verstehe sich als militärisch gedrillte Elite-Einheit, die nach eigenen Gesetzen handele. Polizeipräsident Diekmann bemerkt dazu: »Mogadischu« sei nicht alle Tage und Geiseldramen seien in Bremen selten. Die Truppe dürfe nicht aus der Übung kommen. Eine Untersuchung bestätigt die Kritik im wesentlichen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Der Leiter des SEK wird abgelöst. Die übrigen Mitglieder werden an die Grenzen ihrer Befugnisse erinnert und in der Folge ausgetauscht.

**Übung des Spezialeinsatzkommandos, 2002.**

Foto: Bereitschaftspolizei



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1988

## Das Geiseldrama ›Gladbeck‹

**D**ie Amtszeit von Innensenator Bernd Meyer wird überschattet von einer Geiselnahme, die am 16. August 1988 im westfälischen Gladbeck beginnt, während der in Bremen ein Linienbus entführt wird, sich in den Niederlanden fortsetzt und schließlich von der Polizei Nordrhein-Westfalens beendet wird. Zwei Geiseln werden ermordet, ein Polizist verunglückt tödlich. Bremens Kriminalpolizei, die den Einsatz eine Zeitlang leitet, wird bundesweit schwer kritisiert. Ein Untersuchungsausschuss der Bürgerschaft rügt schwere Fehler während des Einsatzes und Verstöße gegen Dienstvorschriften. Die Aufsicht habe versagt.

Bremens Polizei ist in einer schweren Krise. Sie kann einen großen Teil der Kritik nicht von sich weisen. Und dann ereignet sich eine weitere Entführung. An einem Morgen des September 1988 verschwindet ein Kind auf dem Weg zur Schule. Man fordert ein Lösegeld von 1.000.000 DM. Der Entführer – der weit entfernt von Bremen wohnt – wird gefasst, das Kind befreit. Der Täter erklärt: Er habe ein Kind aus Bremen entführt, weil er nach ›Gladbeck‹ geglaubt habe, mit Bremens Polizei leichtes Spiel zu haben.

Am 20. November 1988 tritt Senator Meyer zurück.



**Bernd Meyer, SPD.** Geboren 1946. Senator für das Bauwesen von 1979 bis 1987. Innensenator von Oktober 1987 bis November 1988.



Geiselnnehmer vor der versammelten Presse in Huckelriede, 1988.  
Foto: Jochen Stoss

### Konsequenzen aus ›Gladbeck‹.

Der neue Innensenator Peter Sakuth muss sich mit den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses der Bürgerschaft befassen. Die Polizei richtet einen ständigen Führungsstab ein, in den Mobiles Einsatzkommando, Spezialkommando, Beratergruppen und Rettungsdienste eingebunden sind. Die Reaktion auf Geiselnahmen wird in den Mittelpunkt der Aus- und Fortbildung gerückt. Der Senat stellt 9 Millionen DM zur Beseitigung technischer Defizite bereit. Das Lagezentrum im Polizeihaus wird umgestaltet. Das Stadt- und Polizeiamt wird neu organisiert. Ordnungspolizei und Vollzugspolizei werden zum 1. Januar 1991 getrennt. Seither gibt es das eigenständige Stadtamt und das vom Polizeipräsidenten geleitete Polizeipräsidium.

Neuer Polizeipräsident ist seit März 1989 Rolf Lüken. 1938 geboren, absolvierte er eine Berufsausbildung als Drucker, bevor er 1956 in die Bereitschaftspolizei eintrat. Lükens vorrangige Aufgabe ist die Umsetzung der Konsequenzen aus dem ›Geiseldrama.‹ Später macht er die Förderung der Polizeireform zu seiner Aufgabe.

Im September 1989 legt Senator Sakuth der Bürgerschaft einen Bericht zur Lage der Polizei vor, der ausführt, dass Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Liberalität, Humanität, Freiheitlichkeit und Bürgernähe die Leitlinien bleiben sollen.



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1991–2001

## Die bremische Haushaltsslage zwingt zu Veränderungen

**V**on 1991 bis 1995 regiert in Bremen eine Koalition von SPD, FDP und den Grünen, Innensenator wird Friedrich van Nispen (FDP). Unter dem Zwang der Haushaltsslage schlägt er vor, die kommunalen Polizeien in Bremen und Bremerhaven künftig als Landespolizei zu organisieren. Ein Teil der Polizeireviere soll nachts schließen. Einige will er ganz aufgeben. Doch der Senator stößt auf Widerstände. Bremerhavens Politik besteht auf der Beibehaltung der dortigen kommunalen Polizei, Bürger protestieren gegen die Revierschließungen.

Es gibt seit Mitte der 1980er Jahre Vorschläge, die den öffentlichen Dienst in einen bürgerorientierten, effektiven und wirtschaftlichen Dienstleister verwandeln wollen. Dieses Konzept des ›Neuen Steuerungsmodells‹, das unter anderem eine Abkehr von bürokratischen Strukturen und eine Annäherung an privatwirtschaftliche Managementformen vorsieht, wird 1997 vom Senat für die bremische Verwaltung beschlossen.

Im Juli 1995 tritt Ralf Bortscheller sein Amt als neuer Innensenator der großen

Koalition an und setzt die Reformbemühungen seines Vorgängers fort. Er lässt ein Modell entwickeln, dass die Ziele der regionalisierten Kriminalitätsbekämpfung umsetzt. Die Erprobung im Bremer Westen bestätigt das Modell. Zum großen Erfolg werden die ›Kontaktpolizisten‹ (KoPs) an den Revieren. Ihre sichtbare Präsenz auf der Straße wird von der Bevölkerung gut angenommen. Es gibt wieder eine ›Polizei zum Anfassen‹.

Im März 1998 beginnt die große Polizeireform, ›eine Reform ... an Haupt und Gliedern ...‹: Das Polizeipräsidium Bremen, das Wasserschutzpolizeiamt und die Bereitschaftspolizei werden zu ›Polizei Bremen‹ zusammengefasst. Stadtweit eingeführt werden die Kontaktpolizisten. Im Zuge der Regionalisierung der Kriminalitätssachbearbeitung erhalten alle Polizeiinspektionen Polizeikommissariate.

Die Einbeziehung der Polizei Bremerhaven gelingt nicht. Die Ortspolizeibehörde Bremerhaven bleibt die einzige kommunale Polizei in Deutschland.



Polizistin beim  
Freimarktsumzug.  
Foto: Marlis Schuldt



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# 1998–2008

## Ein neues Leitbild, äußere Veränderungen und eine Strukturreform

**I**m April 1998 wird ein Leitbild für die Polizei vorgestellt. In fünf Artikeln wird ihr Selbstverständnis dargestellt:

- › *Wir sind unparteiischer und stabilisierender Teil der demokratischen Gesellschaft im Land Bremen*
- › *Wir orientieren uns an den gesellschaftlichen Werten und deren Wandel, wobei der Mensch im Mittelpunkt steht*
- › *Für uns haben im Rahmen der Grundprinzipien der Verfassung die Menschenwürde und die Bindung an Recht und Gesetz zentrale Bedeutung.*



Das Leitbild bleibt ein Versuch. Es wird nicht in konkrete Maßnahmen des Reformprozesses integriert.

Aber nicht nur innerlich verändert sich die Polizei, auch äußerlich gibt es ein neues Erscheinungsbild und einen neuen zentralen Standort. Anfang 2000 zieht das Polizeipräsidium vom alten Polizeihaus Am Wall in die ehemalige Lettow-Vorbeck-Kaserne in der Vahr um, wo nun mit zeitgemäßer Technik und Ausstattung alle Bereiche der Polizei unter einem Dach sind. Sichtbarstes äußerliches Zeichen der Veränderungen ist die Einführung der Farbe Blau statt Grün bei den seit 2006 eingeführten neuen Uniformen und bei der Lackierung der Fahrzeuge.



Mobile Wache Neustadt, 2010.  
Foto: Walter Gerbracht

### Die große Strukturreform 2003–2008

Zunehmende Kriminalität im Netz, Terrorismus, komplexere und aufwändigere Ermittlungsverfahren und steigende Einsatzzahlen fordern die Polizei heraus. Der neuen Innenminister Riewiekamp beginnt ein Reformprojekt mit dem Ziel, alle Aufgabenfelder der Polizei zu untersuchen. Das mündet in einer Strukturreform, die 2004 von der Deputation für Inneres beschlossen wird. Sie betrifft alle polizeilichen Abläufe. Besonderer Wert wird auf schnelle Hilfe in Notfällen (110) gelegt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich sicher fühlen – auch wenn nicht mehr alle Reviere rund um die Uhr offen gehalten werden. Es gibt mehr Kontaktpolizisten und als Ersatz für geschlossene Außenstellen wird die »Mobile Wache« entwickelt. Züge der Bereitschaftspolizei werden zur Unterstützung der lokalen Polizeiarbeit in den Stadtteilen stationiert. Dennoch beklagen Bürger eine Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls. Allen Beteiligten ist klar: Zunehmender Spar- druck, neue Kriminalitätsfelder, technische Entwicklungen werden Reformen und Veränderungsprojekte nicht zur Ausnahme, sondern eher zur Regel machen.



# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

# BÜRGER. POLIZEI.

Bremens Polizei 1945 bis heute

Mit freundlicher Unterstützung von:



BREMER  
LANDESBANK



FOCKE  
MUSEUM

Die Sparkasse  
Bremen



Bürger  
& Polizei e.V.

FEUERWEHR  
BREMEN

radiobremen

WESER  
KURIER

Staats  
Archiv  
Bremen



SVG  
BREMEN eG

STIFTUNG  
WOHNLICHE  
STADT

Hfö  
Hochschule für  
Öffentliche Verwaltung Bremen

Werkstatt bremen  
Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen



Eine Ausstellung  
des Senators  
für Inneres und Sport